

Luxemburg, den 11. Juni 2013

Pressemitteilung

Aktuelle Studie des Klima-Bündnis Lëtzebuerg: Welche kommunalen Subsidien für Neubau, Altbausanierung & erneuerbare Energien in Luxemburg?

Seit Anfang des Jahres 2013 gilt in Luxemburg ein neues staatliches Förderreglement für den rationellen Umgang mit Energie sowie für erneuerbare Energien im Wohnbereich (règlement g.-d. du 12 décembre 2012).

Viele luxemburger Gemeinden haben in der Vergangenheit schon kommunale Subsidien für den gleichen Bereich, wie z.B. die Dämmung von Fassaden, das Ersetzen der Fenster oder die Installation von Solaranlagen und Holzheizungen gewährt. Wie sollen jetzt die Kommunen ihre eigenen Förderreglemente an die neuen staatlichen Rahmenbedingungen anpassen? Braucht es überhaupt noch zusätzliche Förderung durch die Gemeinden?

In einer Studie, ausgeführt vom „Energipark Réiden“, ließ das Klima-Bündnis Lëtzebuerg jetzt neu berechnen, welche kommunalen Subventionen noch wirtschaftlich Sinn machen. Ausgegangen wurde von dem Prinzip, dass sich Investitionen in bauliche Maßnahmen und technische Anlagen innerhalb von 15 Jahren amortisieren sollten. Dies, um das Interesse der Haus- und Wohnungsbesitzer stärker zu wecken, in Altbausanierung und energieeffiziente Haustechniken zu investieren. Eine Aufgabe, die die Kommunen im Rahmen des Klimapaktes ja verstärkt wahrnehmen sollen.

Die Erkenntnisse der Studie, welche den Mitgliedsgemeinden des Klima-Bündnis Lëtzebuerg vor Kurzem vorgestellt wurden, sind eindeutig: Die neuen staatlichen Förderungen im Bereich Wärmeschutz/nachträgliche Dämmung von Altbauten sind in den meisten Bereichen ausreichend, um die Wirtschaftlichkeit der Investition innerhalb von 15 Jahren zu gewährleisten. Bei energieeffizienter Haustechnik ist dies allerdings noch nicht überall der Fall.



Klima-Bündnis Lëtzebuerg

Zusätzliche kommunale Förderreglemente sind demnach weiterhin durchaus sinnvoll um den nötigen Anreiz zu schaffen. Allerdings sollten die Gemeinden prioritär die Investitionen ihrer Bürger unterstützen, bei denen die staatliche Förderung noch unzureichend ist, wie z.B. bei neuen Fenstern mit 3-fach Verglasung oder der thermischen Solaranlage mit Heizungsunterstützung.

Bei knappen Kassen sollten die Gemeinden außerdem vorrangig Investitionen mit großem Treibhausgas-Reduktionspotential fördern. Die neue Studie gibt hier genaue Angaben, wieviel CO₂ für jeden € Förderung eingespart werden kann. Schlussendlich sollten die Kommunen sich auch verstärkt Gedanken machen, wie sie die Förderung mit dem Beratungsangebot, das es vielerorts bereits gibt, verknüpfen. Dies um zu verhindern, dass Sanierungsarbeiten unsachgemäß durchgeführt werden oder die Hausherren nicht alle Bedingungen erfüllen um den Genuss der Fördergelder zu kommen.

Getreu dem Klima-Bündnis Motto: „Global denken – Lokal handeln“ können die Gemeindeverantwortlichen so konkreten Klimaschutz auf Gemeindeebene durch eine gezielte Förderung umsetzen. Und gleichzeitig ihre Bürger und das regionale Handwerk unterstützen.

Weitere Infos zur Studie gibt es beim Klima-Bündnis Lëtzebuerg, Tel. (+352) 439030-26; paul.polfer@oeko.lu. Dort kann sie auch von Nichtmitgliedern gegen einen geringen Kostenbeitrag bestellt werden.